

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhold Hemker, Dr. Sascha Raabe, Matthias Weisheit, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Friedrich Ostendorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/550 –**

Für eine Nachhaltige Agrarpolitik und einen gerechten Interessenausgleich bei den laufenden WTO-Verhandlungen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Gerda Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/534 –**

WTO-Verhandlungen – Europäisches Landwirtschaftsmodell absichern

A. Problem

Die Beschlüsse der 4. WTO-Ministerratstagung im November 2001 in Doha sehen vor, dass bis zum 31. März 2003 die Modalitäten für ein neues WTO-Agrarübereinkommen festgelegt werden. Der Vorsitzende des WTO-Agrarausschusses hat am 12. Februar 2003 den Entwurf eines Modalitätenpapiers vorgestellt, auf dessen Basis sich die WTO-Mitgliedsländer bis zur nächsten Ministerratstagung im September 2003 in Cancun auf ein neues Agrarübereinkommen verständigen sollen.

Der Allgemeine Rat der EU hat am 27. Januar 2003 einstimmig einen EU-Verhandlungsvorschlag für die WTO-Agrarverhandlungen beschlossen, der auf dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung im Agrarbereich weltweit basiert.

Die Antragsteller zu 1. und 2. kritisieren den Entwurf des WTO-Modalitätenpapiers mit unterschiedlicher Gewichtung und erheben eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung im Hinblick auf die weiteren WTO-Verhandlungen.

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/550 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/534 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag - Drucksache 15/550 – anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 15/534 – abzulehnen.

Berlin, den 21. Mai 2003

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Reinhold Hemker
Berichtersteller

Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Berichtersteller

Ulrike Höfken
Berichterstatte^{rin}

Hans-Michael Goldmann
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Reinhold Hemker, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Ulrike Höfken und Hans-Michael Goldmann

I. Verfahrensverlauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 31. Sitzung am 13. März 2003 die Anträge auf den Drucksachen 15/550 und 15/534 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 15/550 wurde zusätzlich zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der federführende Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat die Vorlagen in seiner 14. Sitzung am 21. Mai 2003 abschließend behandelt.

II. Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/550 fordern die Koalitionsfraktionen eine Nachhaltige Agrarpolitik und einen gerechten Interessenausgleich zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern bei den laufenden WTO-Verhandlungen.

Der Entwurf des WTO-Modalitätenpapiers werde dem Leitbild einer global nachhaltigen Wirtschaft nicht gerecht und gefährde gleichzeitig das europäische Modell einer flächendeckenden, multifunktionalen Landwirtschaft.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert,

- sich in der WTO-Runde für einen verbesserten Marktzugang der Entwicklungsländer im Agrarbereich einzusetzen,
- Direktzuschüsse der Industriestaaten, die auf Produkte bzw. die Produktion bezogen sind und bei denen der Export des Produkts einen bestimmten Anteil überschreitet, wie Export-Subventionen zu behandeln und sich für eine drastische Reduzierung aller Formen der Export-Subventionierung der Industrieländer einzusetzen,
- sich dafür einzusetzen, dass die Multifunktionalität der Landwirtschaft und damit Maßnahmen zur Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes, der Entwicklung ländlicher Räume, der Arbeitsplatzsicherung, des ländlichen Tourismus und regionaler Wirtschaftskreisläufe als förderungswürdig im Rahmen der „green-box“ anerkannt und entsprechende Maßnahmen hierzu gefördert werden,
- im Zuge der WTO-Verhandlungen insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass bestehende Präferenzen für die ärmsten Entwicklungsländer sowie der AKP-Staaten erhalten bleiben,
- sich bei der Weltbank, im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und der bilateralen Zusam-

menarbeit für eine stärkere Förderung ländlicher Entwicklungsprogramme und dafür einzusetzen, dass Regelungen dafür getroffen werden, die Nahrungsmittelhilfe nicht zur Überschussbeseitigung und zur Verdrängung einheimischer Saaten zu missbrauchen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller fordern, die unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen der Welt fair und kontrolliert zu berücksichtigen.

Die Vorschläge des Vorsitzenden der WTO-Agrarverhandlungsgruppe, Stewart Harbinson, seien aus deutscher und EU-Sicht völlig unannehmbar. Sie bedeuteten einen Rückschlag für das Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, bei den laufenden WTO-Verhandlungen die Einhaltung maßgeblicher Leitlinien sicherzustellen, wie beispielsweise:

- das europäische Modell einer umweltfreundlichen, nachhaltigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Stabilisierung des ländlichen Raumes abzusichern,
- die Vorleistungen der Europäischen Union im Rahmen der Agenda 2000 zu berücksichtigen,
- das System der direkten Beihilfen und der Mengensteuerung beizubehalten und über die „blue-box“ abzusichern,
- in das neue Welthandelsabkommen das hohe Niveau des Gesundheits-, Tier- und Umweltschutzes der EU zu integrieren und den Verbraucherwünschen Rechnung zu tragen,
- die Interessen der Entwicklungsländer in den Welthandel verstärkt einzubeziehen und sicherzustellen, dass die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern nicht durch subventionierte Agrarexporte in diese Länder gefährdet wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 14. Sitzung am 9. April 2003 die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 17. Sitzung am 9. April 2003 die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 11. Sitzung am 9. April 2003 der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die

Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zugestimmt.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 11. Sitzung am 2. April 2003 die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 17. Sitzung am 9. April 2003 die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 17. Sitzung am 9. April 2003 die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 11. Sitzung am 2. April 2003 die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 17. Sitzung am 9. April 2003 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat die Vorlagen in seiner 14. Sitzung am 21. Mai 2003 abschließend beraten.

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde der EU-Verhandlungsvorschlag für die WTO-Agrarverhandlungen unterstützt, da er ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Handelsliberalisierung und wirtschaftlichen/gesellschaftlichen Interessen der Mitglieder anstrebe. Begrüßt wurde, dass sowohl die EU-Kommission, wie auch die Bundesregierung die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 als Chance für eine tragfähige WTO-Kompatible Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nutzen wollten.

Bemängelt wurde jedoch, dass der Entwurf des WTO-Modalitätenpapiers dem Leitbild einer globalen nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft nicht gerecht werde. Auch aus entwicklungspolitischer Sicht seien die vorgesehenen Regelungen für Entwicklungsländer unzureichend. Gleich-

zeitig werde das europäische Modell einer flächendeckenden, multifunktionalen Landwirtschaft gefährdet, was den Verlust unzähliger Arbeitsplätze im ländlichen Raum zur Folge hätte.

Insgesamt gehe es also um einen fairen Ausgleich bei den WTO-Agrarverhandlungen zwischen einer Neuorientierung der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion im Sinne einer nachhaltigen, umwelt- und qualitätsorientierten Produktion sowie der Förderung der Entwicklungsziele der Entwicklungsländer.

Von der **Fraktion der CDU/CSU** wurde die Absicht der EU begrüßt, bei den WTO-Agrarverhandlungen auf eine Absicherung des europäischen Agrarmodells einer umweltfreundlichen, nachhaltigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft und damit der Existenz entsprechend wirtschaftender Betriebe hinzuwirken.

Inakzeptabel sei der inzwischen vorliegende Entwurf eines Modalitätenpapiers des Vorsitzenden der WTO-Agrarverhandlungsgruppe, und zwar sowohl aus deutscher wie aus EU-Sicht. Er laufe dem Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft zuwider und stelle die Gemeinsame Agrarpolitik der EU in weiten Bereichen in Frage. Viele Betriebe wären nicht mehr existenzfähig, die ländlichen Räume nicht mehr lebensfähig. An den grundsätzlich begrüßten Sonderregelungen für Entwicklungsländer wurde insbesondere bemängelt, dass sie nicht den Entwicklungsgrad der einzelnen Länder berücksichtigten.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde der Entwurf für ein WTO-Modalitätenpapier ebenfalls als Grundlage für die WTO-Verhandlungen abgelehnt, da seine Umsetzung eine Abkehr von der flächendeckenden, multifunktionalen Landwirtschaft in Europa bedeuten würde. Bei den WTO-Verhandlungen müsse es zu einem fairen Interessenausgleich der WTO-Staaten kommen. Dabei gehe es um die Öffnung der Märkte, um einen besseren Wettbewerb zu ermöglichen und den Entwicklungsländern Zugang zu unseren Märkten zu verschaffen. Weiterhin müssten die hohen EU-Standards in der Lebensmittelsicherheit, im Umweltschutz und im Tierschutz gesichert werden. Schließlich benötigten die Entwicklungsländer Schutzzräume zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte.

Der Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 15/550 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag auf Drucksache 15/534 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Berlin, den 21. Mai 2003

Reinhold Hemker
Berichtersteller

Ulrike Höfken
Berichterstellerin

Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Berichtersteller

Hans-Michael Goldmann
Berichtersteller

